



## Dora Andres den Rücken gestärkt

**Kein Kurswechsel: Das Parlament folgt der Regierung und stützt deren Asylpolitik. Es will weder das Minimalzentrum auf dem Jaunpass schliessen, noch die Situation für Personen mit Nichteintretensentscheid verbessern.** [16.09.2004]

In gewohnt forscher Art erläuterte gestern im Grossen Rat Polizeidirektorin Dora Andres die bereits bekannten Positionen des Regierungsrates zum Minimalzentrum auf dem Jaunpass, zur Frage der Nothilfe für Personen mit einem Nichteintretensentscheid und zu weiteren Verschärfungen des Asylrechts. Dem Auftritt der Regierungsrätin war eine lange, teilweise mühsame Debatte vorangegangen. Zwar hatten sich verschiedene Rednerinnen und Redner in ihren Voten ernsthaft mit Fragen der Grundrechte auseinandergesetzt – andere jedoch beschränkten sich darauf, zu beteuern, sie hätten während ihres Militärdienstes in viel schlimmeren Unterkünften hausen müssen als die Menschen, die auf dem Jaunpass um Nothilfe nachsuchten.

### Minimalzentrum schliessen

Fünf Motionen zum Thema Asylrecht standen im Kantonsparlament zur Diskussion. Rot-Grün verlangte in drei Vorstössen von Regula Rytz (gb, Bern), Margrit Widmer (sp, Büren) und der SP-Fraktion eine menschenwürdige Umsetzung der Nothilfe und eine Schliessung des Minimalzentrums auf dem Jaunpass. Ausserdem solle der Kanton beim Bund vorstellig werden und verlangen, dass Personen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wird, wieder dem Asylgesetz unterstellt würden. Rytz stellte «erschreckende Parallelen» zwischen der Asylpolitik des Kantons Bern und der Aussenpolitik von US-Präsident George Bush fest: «Menschenverachtend, teuer, kontraproduktiv und unehrlich» sei beides, sagte Rytz. Die repressive Linie habe zur Folge, dass Schwarzarbeit und Kriminalität zunehmen und dass Leute mit Nichteintretensentscheid untertauchten. Zum Minimalzentrum auf dem Jaunpass sagte Motionärin Widmer: «Das Problem ist nicht die Unterkunft an sich, sondern die Ausgrenzung, die geschieht, wenn man die Leute dort hinauf schickt.» Und SP-Präsidentin Irène Marti (Bern) ergänzte, es gehe nicht an, Menschen, die sich nichts hätten zuschulden kommen lassen, wie Kriminelle zu behandeln.

### Asylrecht weiter verschärfen

Sylvain Astier (fdp, Moutier) warf der Linken vor, sie setze sich für Ausländer ein, die das Gesetz verletzten. «Die Massnahmen des Bundes gehen in die richtige Richtung, aber sie gehen zu wenig weit», sagte Astier. Er verlangte darum weitere Verschärfungen im Asylrecht. Der Kanton Bern solle in seiner Stellungnahme zur Teilrevision des eidgenössischen Asylgesetzes auf härtere Massnahmen für abgewiesene Asylsuchende drängen, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren wollten. Ausserdem solle er Beugehaft unterstützen und sich gegen eine Härtefallregelung aussprechen. «Dass die Zahl der Asylgesuche zurückgeht, ist kein Grund, nichts mehr zu machen oder Missbräuche zu tolerieren», sagte Astier. Und an die Adresse des Verfassungsrechtlers und ehemaligen Rechtsprofessors Jörg Paul Müller, der in einem Interview mit der «Berner Zeitung» gesagt

hatte, dass mit dem Minimalzentrum auf dem Jaunpass die Grundrechte verletzt würden, sagte Astier: «Müller ist ein guter Politiker für die linke Seite, aber er ist ein schlechter Jurist.»

Der Grosse Rat folgte in der Abstimmung der Polizeidirektorin, die zum wiederholten Mal betont hatte, dass es zulässig sei, die Nothilfe unter gewissen Bedingungen einzuschränken, andernfalls würden sich die Betroffenen damit arrangieren. «Wir müssen aber den Druck aufrechterhalten können», sagte Andres. Der Rat lehnte die Schliessung des Minimalzentrums auf dem Jaunpass und rechtliche Verbesserungen für Personen mit Nichteintretensentscheid ebenso ab wie die von Astier geforderten Verschärfungen.

#### KOMMENTAR

##### Kurskorrektur verpasst

«Ich werde euch erklären, welches Verhalten die Regierung von euch erwartet.» Der militärisch-zackige Ton, mit dem sich Polizeidirektorin Dora Andres gestern ans Kantonsparlament wandte, irritierte dieses nur kurz. Dann handelte das Parlament, wie ihm befohlen: Die Ratsmehrheit stimmte in allen Punkten bezüglich Minimalzentrum auf dem Jaunpass und bernischer Asylpolitik genau so, wie dies die Regierung beantragt hatte. Das Zentrum auf dem Jaunpass wird nicht geschlossen. Es gibt kein Abrücken vom umstrittenen, harten Weg, den Dora Andres mit ihrer Asylpolitik eingeschlagen hat. Eine Politik, wonach die in der Verfassung verankerte Nothilfe für Asylbewerber derart unattraktiv gestaltet ist, dass sie gar nicht erst bezogen wird. Wonach jeder, der um Hilfe anklopft, riskiert, direkt in Ausschaffungshaft genommen zu werden. Dora Andres macht es möglich, dass ein kantonales Amt nach eigenem Gutdünken entscheidet, ob jemand Anrecht auf Nothilfe hat oder nicht. Ein Vorgehen notabene, das von renommierten Rechtsspezialisten als widerrechtlich bezeichnet wird, weil Grundrechte verletzt werden.

Das Parlament schert sich nicht darum. Es stärkt Dora Andres den Rücken und verpasst die Gelegenheit zu einer längst fälligen Kurskorrektur. Gut möglich, dass für Dora Andres Konzept und Rechnung aufgehen. Doch wer aus einer Statistik verschwindet, ist nicht inexistent. Die Problematik mit den Asylbewerbern, die nicht bleiben dürfen und nicht zurückkehren wollen, wird nicht gelöst, indem man ihre Grundrechte mit Füßen tritt. Die Politik hat die Umkehr verweigert. Jetzt ist die Justiz am Zug: Die Richter haben über Beschwerden zu befinden von Menschen, denen die Nothilfe nicht gewährt wurde.